

Antrag



Vorlage Nr.: 16-1314/2
erstellt am: 24.03.2009

Abteilung: Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses
Verfasser/in: CDU-, FWG- und FDP-Fraktion
Aktenzeichen: L-1/1

**Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 19. März 2009 zum Thema
"Schulbuslinien im Kreis Bergstraße";
hier: Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FWG und FDP vom
23. März 2009**

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Status	Zuständigkeit
Kreistag	23.03.2009	Ö	Abschließende Beschlussfassung
Ausschuss für Schule und Soziales	06.05.2009	Ö	Beratung aufgrund Verweisung durch den Kreistag
Ausschuss für Schule und Soziales	13.07.2009	Ö	Beratung aufgrund Verweisung durch den Kreistag
Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur	13.07.2009	Ö	Beratung aufgrund Verweisung durch den Kreistag

Erläuterung:

Zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 19. März 2009 zum Thema "Schulbuslinien im Kreis Bergstraße" haben die Fraktionen von CDU, FWG und FDP in der Kreistagssitzung am 23. März 2009 einen gemeinsamen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut gestellt:

- "1. Wir stellen fest, dass die Mittel für die Schülerbeförderung von 4,5 Mio. € auf 6,8 Mio. € im Jahr 2009 seitens des Kreistages angehoben wurden und sich daraus eine erhebliche Kapazitäts- und Pünktlichkeitsverbesserung ergeben hat.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, die zuständigen Stellen bei Polizei und BAG zu ersuchen, den Vorwürfen bezüglich Verkehrsverstößen wie z. B. Geschwindigkeitsüberschreitung, nachzugehen.
3. Nach Vorlage des in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Optimierung der Schülerbeförderung und Linienverkehrs (Schulzeitstaffelung) sollen verbindliche Qualitäts- und Leistungskriterien in den zuständigen Kreisgremien erarbeitet werden. Die Federführung für die Ausschussberatungen wird dem Ausschuss für Schule und Soziales übertragen."

Nachrichtlich:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 23. März 2009 den vorstehenden Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, FWG und FDP zusammen mit dem zugrundeliegenden Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion (Vorlage 16-1314) und dem Änderungsantrag der GRÜNE-Fraktion (Vorlage 16-1314/1) an den Ausschuss für Schule und Soziales zur weiteren Beratung verwiesen.